

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen
am 16.11.2010**

um 17:00 Uhr bis 18:50 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Großer Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Norbert Schmitz

Ratsmitglied

Herr Fritz Beinersdorf
Herr Ottmar Gebhardt
Herr Kai Kaltwasser
Herr Lothar Krebs
Frau Tanja Kreimendahl
Frau Gabriele Leitzbach
Herr David Schichel
Frau Dorothea Schlächter
Herr Stefan Wagner

Vertretung für Frau Brigitte Neff-Wetzel

Sachkundige Bürgerin

Frau Regine Frielingsdorf
Frau Erika Schmitz

Sachkundiger Bürger

Herr Lutz Faßbender
Herr Hans Gerd Göbert
Herr Norbert Horn
Herr Harald Sellner
Herr Lothar Sill

Vertretung für Herrn Alexander Pehn

Stadtdirektor

Herr Burkhard Mast-Weisz

von der Verwaltung

Frau Petra Hellmann Wien
Herr Frank Neveling

Schritfführer

Herr Michael Müller

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung

- 1 Änderung/Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 05.10.2010
- 3 Sachstand Dünkeloh-Klinik
- 4 Bericht der Suchtberatung des Diakonischen Werkes
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 7 Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 8 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 9 Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 10 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1 Sachstand Jobcenter
Anfrage von Herrn Gebhardt
- 10.2 Wahrnehmung von Pflichtaufgaben durch 1 €-Jobs
Anfrage von Herrn Beinersdorf
- 10.3 Gesetzliche Änderungen zum Jahreswechsel
Anfrage von Frau Kreimendahl
- 10.4 Sparmaßnahmen im Sozialbereich
Anfrage von Herrn Gebhardt
- 10.5 Fortschreibung des Armutsberichtes
Anfrage von Herrn Beinersdorf
- 10.6 Ehemals städt. Alten- und Pflegeheime
Anfrage von Herrn Sill
- 10.7 Kooperation der bergischen Gesundheitsämter
Anfrage von Frau Kreimendahl
- 11 Berichte aus den Beiräten
- 11.1 Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen
- 11.2 Seniorenbeirat
- 11.2.1 Verzicht auf die Durchführung der Wahl des Seniorenbeirats
Schreiben der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft NRW vom

11.10.2010

- 12** 14/0198 Managementplanung 2010 Dezernat Bildung, Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport
- Bericht III. Quartal
- 13** 14/0080 Soziale Stadt Rosenhügel
-Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes und des städtebaulichen Rahmenplans
- Projekt "Aufwertung des Parkplatzes am Westdeutschen Tournee Theater"
- 14** 14/0269 Haushalt 2010
Überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Sozialbudget 001 (vollgesetzliche Sozial- und Jugendhilfeleistungen) in Höhe von 5.000.000 €
- Dringlichkeitsbeschluss gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Die TOPs „Konzept für Selbsthilfegruppen - Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.09.2010“ – DS-Nr. 14/0117 und „Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG NW) in Remscheid – Zwangseinweisung“ DS-Nr. 14/0304 werden vertagt

2. Niederschrift über die Sitzung vom 05.10.2010

Es wird keine Änderung der Niederschrift gewünscht.

3. Sachstand Dünkeloh-Klinik

Herr Bredel unterrichtet den Ausschuss über den Sachstand bezügl. der Zukunft der Dünkeloh-Klinik. Er teilt mit, dass die Klinik Ende vergangenen Jahres ihren Versorgungsauftrag verloren habe, und inzwischen aus dem Krankenhausplan des Landes wurde. Sana habe das Angebot auf Übernahme angenommen, und auch das Personal soweit gewünscht übernommen. Das Haus wird als medizinisches Versorgungszentrum betrieben. Das Adipositaszentrum wird stark frequentiert. Die Vermietung einer Etage an eine urologische Praxis ist erfolgt; die Eröffnung ist für August 2011 geplant. Es liegen darüber hinaus Anfragen von anderen Praxen sowie Therapeuten vor.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4. Bericht der Suchtberatung des Diakonischen Werkes

Frau Potthoff erläutert den als Nachtrag versandten Jahresbericht 2009 und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen vor.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

Herr Mast-Weisz stellt Frau Hellmann-Wien als neue Leiterin des Fachdienstes Jugend, Soziales und Wohnen vor.

7. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Berichte vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Vorschläge vor.

9. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

10.1. Sachstand Jobcenter Anfrage von Herrn Gebhardt

Herr Gebhardt erkundigt sich nach dem Stand der Vorbereitungen für die Einrichtung des Jobcenters. Seines Wissens könnten acht Mitarbeiter nicht übernommen werden.

Herr Mast-Weisz erläutert, dass die Verhandlungen mit der Bundesagentur sich im normalen zeitlichen Rahmen befinden. Auch bezüglich der Frage des Geschäftsführers zeichnet sich eine zufrieden stellende Lösung ab. Es gebe eine Reihe befristeter Verträge die jetzt auslaufen. Hier werde nach einer für alle Seiten befriedigenden Lösung gesucht. Auch der Städtetag bemühe sich um eine grundsätzliche Lösung mit dem Ziel, gut ausgebildete Mitarbeiter halten zu können.

10.2. Wahrnehmung von Pflichtaufgaben durch 1 €-Jobs Anfrage von Herrn Beinersdorf

Herr Beinersdorf bezieht sich auf die Kritik des Bundesrechnungshofes an der Wahrnehmung von Pflichtaufgaben durch 1 €-Jobs durch die Kommunen. Seines Erachtens geschehe dies in Remscheid indirekt z.B. durch die Arbeit Remscheid. Er fragt an, wie mit dieser Problematik umgegangen wird.

Herr Mast-Weisz entgegnet, dass auch eine indirekte Wahrnehmung von Pflichtaufgaben durch 1 €-Jobs in Remscheid nicht stattfindet. Alle Maßnahmen werden im Beirat abgestimmt, es handelt sich grundsätzlich nie um pflichtige sondern immer um zusätzliche Aufgaben.

10.3. Gesetzliche Änderungen zum Jahreswechsel Anfrage von Frau Kreimendahl

Frau Kreimendahl erkundigt sich nach dem Stand der Vorbereitungen bezüglich der zum Jahreswechsel anstehenden Änderungen z.B. beim Elterngeld oder der Übernahme zusätzlicher Leistungen z.B. für die Mitgliedschaft in Sportvereinen. Bezüglich der bereits feststehenden gesetzlichen Änderungen sagt Herr Mast-Weisz zu sich zu erkundigen und Frau Kreimendahl hierüber zu informieren. Bezüglich weiterer bis zum Jahreswechsel evtl. noch anstehenden Änderungen wird alles versucht werden, diesen gerecht zu werden.

**10.4. Sparmaßnahmen im Sozialbereich
Anfrage von Herrn Gebhardt**

Herr Gebhardt bittet um eine Aufstellung konkreter Sparmaßnahmen im Sozialbereich.

Herr Mast-Weisz verweist auf die Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf, die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorgelegt werden wird.

**10.5. Fortschreibung des Armutsberichtes
Anfrage von Herrn Beinersdorf**

Auf Anfrage von Herrn Beinersdorf sagt Herr Mast-Weisz eine Vorlage für die nächste Sitzung zu.

**10.6. Ehemals städt. Alten- und Pflegeheime
Anfrage von Herrn Sill**

Herr Sill fragt an, ob es bezügl. der ehem. städtischen Heime Handlungsbedarf gebe.

Herr Mast-Weisz äußert die Erwartung, dass die Gesellschaft nach dem jetzt erfolgten Umzug der Stockder Stiftung in ruhiges Fahrwasser komme.

Herr Schmitz schlägt vor, die nächste Sitzung in der Stockder Stiftung stattfinden zu lassen.

**10.7. Kooperation der bergischen Gesundheitsämter
Anfrage von Frau Kreimendahl**

Frau Kreimendahl erkundigt sich nach dem Stand der Kooperationsvereinbarung. Herr Mast-Weisz verweist auf die laufenden Gespräche und sagt einen Bericht für die nächste Sitzung zu.

11. Berichte aus den Beiräten

11.1. Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen

Es liegt kein Bericht vor.

11.2. Seniorenbeirat

Frau Schmitz berichtet, dass sich der Seniorenbeirat in seiner letzten Sitzung mit dem weiteren Ausbau der haushaltsnahen Dienste beschäftigt habe. Herr Mast-Weisz habe hierzu auf die Personalsituation verwiesen, die eine schnelle Bearbeitung behindere.

Die Nichtbesetzung der Wohnberatung wurde ebenfalls angesprochen; seitens der Wohlfahrtsverbände wird die Notwendigkeit der Wiederbesetzung der Stelle gesehen.

Zur Abschaffung des Seniorenbeirats äußerten sich die Beiratsmitglieder empört über die am Sitzungstag in der Presse veröffentlichten Aussagen der Gestaltungsmehrheit. Die Aussage, der Seniorenbeirat sei überaltert werde von den Mitgliedern als anmaßend und altersdiskriminierend empfunden.

**11.2.1. Verzicht auf die Durchführung der Wahl des Seniorenbeirats
Schreiben der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft NRW vom 11.10.2010**

Herr Krebs verweist auf den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses, nach dem die Verwaltung Vorschläge machen soll, wie der Seniorenbeirat neu gestaltet werden kann. Niemand habe die Absicht, den Seniorenbeirat abzuschaffen. Frau Schmitz unterstreicht, dass gerade die Urwahl den Wert des Seniorenbeirates ausmache.

**12. Managementplanung 2010 Dezernat Bildung, Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport - Bericht III. Quartal
Vorlage: 14/0198**

Herr Schichel bittet um einen Bericht in ca. einem Jahr zum Erfolg der Programme 50+ und Bürgerarbeit. Herr Mast-Weisz sagt dies zu.

**13. Soziale Stadt Rosenhügel
-Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes und des städtebaulichen Rahmenplans
- Projekt "Aufwertung des Parkplatzes am Westdeutschen Tournee Theater"
Vorlage: 14/0080**

Herr Göbert möchte wissen, wie die Bäume vor den ein- und ausparkenden Fahrzeugen geschützt werden; er bittet diese Frage an die Fachverwaltung weiterzugeben. Weiterhin regt er an, die Hauptschule Rosenhügel für die Pflege der Bäume zu gewinnen. Er habe den Schulleiter hierauf angesprochen; dieser habe sich hierzu positiv geäußert.

**14. Haushalt 2010
Überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Sozialbudget 001 (vollgesetzliche Sozial- und Jugendhilfeleistungen) in Höhe von 5.000.000 €**

**Dringlichkeitsbeschluss gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW
Vorlage: 14/0269**

Norbert Schmitz
Vorsitzender

Michael Müller
Schriftführer/in